

Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin

An den Präsidenten des Europaparlaments Martin Schulz, MdEP  
Strasbourg / Alsdorf / [europabuero@martin-schulz.eu](mailto:europabuero@martin-schulz.eu)

## **... nicht in meinem Namen!**

Berlin, den 8. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Präsident des Europaparlaments, sehr geehrter Herr Schulz,

Sie haben, so lassen Sie verlauten, „die Faxen dicke“. Sie fordern die Syriza-Regierung Griechenlands auf, die „Verzögerungen und Spielchen“ zu beenden, die „ideologische Verbohrtheit aufzugeben“ und endlich auf die Gläubiger-Forderungen „einzulenken“. Als Martin Schulz aus Würselen steht es Ihnen frei, beim Griechen-Bashing mitzumachen. Aber dem Präsidenten des Europaparlaments muss ich unmissverständlich mitteilen: Sie sprechen nicht in meinem Namen!

Ihre Tiraden sind wohl bereits Teil einer Kampagne, einen „Grexit“ mit entsprechenden Schuldzuweisungen an die Syriza-Regierung vorzubereiten. Der von der politischen Elite im Euroraum ungeliebten Linksregierung Griechenlands wird die Schuld am dann eintretenden Debakel aufgelastet. Denn wer Schulden hat und sich noch dazu den Luxus einer Linksregierung leistet, trägt Schuld.

Ein Präsident des Europaparlaments sollte Bürgerinnen und Bürger, Wählerinnen und Wähler vertreten und nicht das Geld der Gläubiger. Er sollte sich um rationale Argumente bemühen und nicht Vorurteile bedienen. Die Forderungen der Gläubiger Griechenlands sind ja erst durch einen Schuldenschnitt bei den großen privaten Banken und Fonds kreierte worden. Schulden wurden sozialisiert, damit private Geldforderungen deutscher und französischer Banken etc. werthaltig in der Bilanz bleiben konnten. Die Schulden eines souveränen Staates hingegen müssen bedient werden, bis die ausgepowerten Bürgerinnen und Bürger „quietschen“, wie Ihr Parteifreund Wowereit [der langjährige SPD-Bürgermeister von Berlin], einst mitteilte.

Als Parlamentspräsident sollten Sie sich für einen Ausgleich der durch die Verschuldungskrise sichtbar gewordenen Risse einsetzen, die durch die europäischen Gesellschaften gehen, anstatt die „Athener Linken“ zu foulern und insbesondere den griechischen Finanzminister Varoufakis anzupöbeln. [...]

Ein Ausgleich bedeutet zweifellos, dass Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen [...] verzichten. Die Kosten einer geregelten Reduzierung der Schulden wären noch zu



verschmerzen. Nicht aber die einem Bankrott folgende Chaotisierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen weit über Griechenland und den Mittelmeerraum hinaus.

Ihre einseitigen Schuldzuweisungen an die derzeitige Regierung Griechenland fördern die Spaltung Europas. Denn dabei wird unterschlagen, dass auch die Gläubiger Verantwortung für die Verschuldung tragen, also nicht nur Griechenland als Schuldner, sondern auch Frankreich, Deutschland und andere Länder und deren Konzerne als Gläubiger.

Die von der Troika bzw. von den „Institutionen“ den Griechinnen und Griechen abverlangte Austerität hat das Land in Armut und sogar Elend gestürzt. Trotzdem fordern Sie von der griechischen Regierung, sie solle die „ausgestreckte Hand“ der Institutionen endlich ergreifen. Der Wählerauftrag, die durch die „Institutionen“ der Troika herbeigeführte Massenverarmung in Griechenland zu beenden, zählt nicht.

Sie verlangen von einer gewählten Regierung in Griechenland, dass sie den Wählerauftrag verrät, um so allen Versuchen in Europa, politische Alternativen gegen die Austerität zu entwickeln, die Vergeblichkeit vor Augen zu führen. Verfolgen Sie die Linie Thatcher, Herr Schulz – „there is no alternative“ - auch wenn Bildungs- und Gesundheitssystem und die Zukunftschancen der Jugend vor die Hunde gehen?

Der Sinn einer Beteiligung an Europawahlen ist nicht mehr einzusehen, wenn doch die Austerität-Auflagen alternativlos sind. [...] Kein Wunder, dass sich politikverdrossene Stimmungen ausbreiten. Denn wenn die Austerität-Zwänge des Geldes in Europa mehr wiegen als die Interessen und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger, braucht man keine Wahlen. Dann kann man den „Institutionen“ alle Macht erteilen, kann man auf das Parlament verzichten und auf dessen Präsidenten erst recht.

Mit großer Enttäuschung

Ihr

Elmar Altvater

**Anm. d. Red.:** Elmar Altvater lebt in Berlin; er ist [emeritierter](#) Professor für Politikwissenschaft, Autor vieler wissenschaftlicher Bücher zu Weltwirtschaft und Ökologie und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland. Er trug maßgeblich zur Entwicklung der marxistischen Wirtschaftstheorie und einer Verbindung von Marxismus und Ökologie bei. Er engagierte sich seit Beginn der Krise in Griechenland in der Solidarität mit der griechischen Bevölkerung.

*Der offene Brief ist erschienen in der 3. Ausgabe der [Zeitung: FaktenCheck:HELLAS. Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland](#)*